

auch nicht verwunderlich, daß einige Mitarbeiter meinten, die Fachabteilungen könnten ihre Tätigkeit nur verbessern, wenn jede einen Eingabensachbearbeiter bekommt. Diesen Staatsfunktionären wurde gesagt, daß ihre Auffassung grundfalsch sei, daß die Eingabenbearbeitung nicht zur organisatorischen Angelegenheit eines Sachbearbeiters degradiert werden darf, sondern daß jeder Mitarbeiter verpflichtet ist, auf seinem Fachgebiet die Eingaben durch gewissenhafte Bearbeitung zu einem Bindeglied zwischen der Bevölkerung und dem örtlichen Staatsorgan zu machen.

Nach den Mitgliederversammlungen der Abteilungsparteiorganisationen erklärten die Parteimitglieder in Gewerkschaftsversammlungen den politischen Sinn der Eingaben.

Staatliche Arbeit in jede Straße bringen

Die Konzentration der politisch-ideologischen Arbeit der BPO im Rat des Stadtbezirks auf eine gewissenhafte, von politischem Verantwortungsbewußtsein getragene Eingabenbearbeitung beginnt Früchte zu tragen. Schon öfter und regelmäßiger gehen Mitarbeiter der Fachabteilungen in die Wohngebiete und besuchen Versammlungen der Hausgemeinschaften und berichten dort über den Stand der Eingabenbearbeitung.

Eine andere gute Arbeitsweise, die sich herausgebildet hat, ist das öffentliche Auftreten von Bezirksräten und Abteilungsleitern auf Einwohnerversammlungen, Foren usw. Sie konnten dort sachkundig auf die Kritiken und Vorschläge antworten und dabei aus der Bevölkerung Menschen gewinnen, die sich zur Mitarbeit bei der Beseitigung von zur Zeit noch bestehender Mißstände bereit erklärten. Dabei erwies sich erneut, daß es überall dort, wo sich die staatlichen Leiter um die persönlichen Belange der Bürger kümmern, auch zu einem offenen Gespräch über politische Fragen kommt.

Großen Anteil an der besseren Eingabenbearbeitung und den engeren Kontakt zu den Wohngebieten hat die vor den Wahlen gebildete Eingabenkommission. Ihr gehören die Bezirksräte bzw. Abteilungsleiter an, deren Fachbereiche in der

Eingabenbearbeitung Schwerpunkt sind. Geleitet wird sie von einem Genossen Bezirksrat. Die Kommission hat die Aufgabe, schwerpunktmäßig alle Eingaben zu erfassen, sofort zu entscheiden und die Durchführung zu kontrollieren. Das hat sie wirklich operativ getan und somit vor allem vor der Wahl dazu beigetragen, daß viele Eingaben unbürokratisch erledigt wurden und der Kontakt zu den Wohngebieten enger wurde.

In der Parteiorganisation gibt es Viele Überlegungen, wie dieser Kontakt nicht nur erhalten, sondern nach der Wahl sogar noch enger zu gestalten ist. Einen guten Weg dazu hat Paul Verner auf dem 4. Plenum gewiesen. Er stellte die Frage: „Wie bringen wir im Stadtbezirk der Großstadt die örtlichen Organe bis in die letzte Straße und in den letzten Winkel ihres Gebiets?“ und schlug vor, „in die Stützpunkte und die Wohngebietsausschüsse nicht nur die Kommunale Wohnungsverwaltung, den Abschnittsbevollmächtigten und die Abgeordneten des Gebiets, sondern auch Mitarbeiter des Rates des Stadtbezirks einzubeziehen, um eben die staatliche Arbeit bis in die letzte Straße zu bringen.“

Diesen Vorschlag hat die Parteileitung im Rat des Stadtbezirks auf gegriffen. Die BPO mit ihren rund 260 Mitgliedern verfügt über genügend qualifizierte Genossinnen und Genossen, um jedem der zwanzig Stützpunktaktivs einen Genossen für die Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Großen Wert, sagte der Parteisekretär Genosse Klose, hat die Parteileitung bei der Auswahl dieser Genossen auf deren politische und fachliche Qualifikation gelegt. Sie sollen auch möglichst in dem betreffenden Wohngebiet wohnen bzw. es schon durch ihre staatliche Tätigkeit gut kennen.

Die Genossen sind jetzt also auf dem richtigen Wege. Sie erfüllen die Forderung des Genossen Honecker in seinem Schlußwort auf der 4. Tagung des ZK: „Allen voran müssen sich die Parteimitglieder dafür einsetzen, daß die Hinweise der Bevölkerung ... sorgfältig geprüft und zur Grundlage der Verbesserung der Arbeit gemacht werden.“

Erhardt Otto 2 Otto Werner